

## Transkript zur ADB Podcast Folge #21

Disclaimer: Von einer KI erstellt und enthält möglicherweise Fehler

Hallo und herzlich willkommen zur 21. Ausgabe von der ADB-Podcast. Ich bin Anke Domscheit-Berg, digitalpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und berichte euch mal wieder aus dem digitalen Maschinenraum des Bundestages, nämlich dem Digitalausschuss. Vielleicht wird es heute ein bisschen kürzer. Wir werden mal gucken. Nämlich es geht einerseits um den Bericht des Untersuchungsausschusses im Europäischen Parlament zur Pegasus-Spyware. Das gibt es ja auch in der Mediathek vollständig anzugucken, weil ich die Öffentlichkeit dafür erfolgreich beantragt hatte. Und dann geht es um den Haushalt 2024 für das Ministerium für Bildung und Forschung. Das ist auch ein bisschen kürzer, weil diesmal Petra Sitte dafür zuständig war und ich nebenbei noch ein bisschen Chatkontrolle vorbereiten musste für einen Abendtermin. Und als drittes haben wir das Thema Glasfaserüberbau. Da hat nämlich die Union einen Antrag gestellt und da gibt es einfach nicht so wahnsinnig viel Neues und Spannendes zu erzählen. Aber gehen wir doch mal in Thema 1, das ist nämlich spannend, wenn auch nicht gut für den Blutdruck. Die Pegasus-Spyware. Da geht es wie gesagt um den Bericht des Untersuchungsausschusses im Europaparlament. In der Mediathek könnt ihr euch die ganze Debatte im Digitalausschuss angucken. Ich verlinke euch das wie immer in den Shownotes. Die Geschichte dahinter ist, dass 2021 eine internationale Gruppe aus Journalisten und NGOs aufgedeckt hat, dass sehr, sehr viele Journalistinnen und Oppositionelle weltweit mit dieser Spionagesoftware, mit Pegasus, ausgespielt worden sind. Da waren also unter anderem Amnesty International beteiligt, die Times beteiligt, bei uns die Zeit oder WDR, SWR, in Frankreich zum Beispiel Le Monde. Man sieht also daran, dass das nicht Staaten irgendwie aufgedeckt haben, sondern am Ende die Zivilgesellschaft und die Medien. Man hat bis zu 50.000 Telefonnummern dafür ausgewertet und hat festgestellt, dass da also nicht Schwerkriminelle und Terroristen überwacht worden waren im Zeitraum von 2016 bis 2021. sondern jede Menge Aktivistinnen, Rechtsanwälte, politische Oppositionelle und auch Journalistinnen. Dieses Produkt, das Pegasus von einer israelischen Firma entwickelt, die nennt sich NSO Group Technologies. Es gibt natürlich noch x andere Anbieter, viele israelische, aber auch aus anderen Ländern. die diese Art von Überwachungssoftware herstellen. Pegasus ist dann nur die Spitze des Eisbergs. Und diese Firmen, eben auch die NSO, die verkaufen absolut skrupellos diese fiesen Produkte

weltweit an jeden, der sie bezahlen kann und will. An Polizeien, an Geheimdienste, an Armeen, an Diktaturen. Das ist völlig schnurz. Die NSO zum Beispiel, die hat 60 solcher Kunden in 40 Ländern. Wahrscheinlich ist Pegasus die mächtigste Spionagewaffe der Welt. Damit kann man unbemerkt iPhones und Android-Smartphones infizieren. Man kann sämtliche Daten auf dem Gerät abfangen, also auch verschlüsselte Chats, ja, kein Schutz mehr durch Verschlüsselung. Man kann auch heimlich Aufnahmen anfertigen. Man kann also das Mikro anschalten, man kann die Kamera anschalten und Einfach Leute rund um die Uhr damit beobachten. Die Infektion mit dieser quasi Schadsoftware, das ist ja nichts anderes als das, die ist auf verschiedenen Wegen möglich, darunter aber auch einen sogenannten Zero-Click-Exploits. Und Zero-Click-Exploits heißt genau das, wonach es klingt, man muss auf gar nichts mehr klicken und wird trotzdem infiziert. Also natürlich soll man nicht auf irgendwelche komischen Links klicken, die man da so per SMS geschickt kriegt, aber in dem Fall braucht man es nicht mal. Und da ist leicht mal aus dem Nähkästchen geplaudert. Ich hatte selbst mal den Verdacht, Pegasus auf dem Handy zu haben. Bei mir war das damals so, es ist Pi mal Daumen ein Jahr her, vielleicht auch schon zwei. Da hat mein Handy ein-, zweimal geklingelt und das passierte mehrere Male an einem Tag. ohne dass der Anruf verzeichnet worden ist. Den gab es also nicht in einer entgangenen Anrufliste, der existierte einfach gar nicht. Aber ich habe ja gehört und gesehen, dass es geklingelt hat. Ich konnte nur nicht schnell genug ran und es hat ja auch nur ganz kurz geklingelt. Ich habe dann überlegt, was ich damit mache. Ich habe das dann analysieren und untersuchen lassen. Das hat nichts ergeben. Vielleicht aber auch, weil ich ein bisschen deppert war. Ich habe nämlich auf Twitter darüber geschrieben, was für ein Phänomen da war und ob das irgendjemand kennt. Und mir wurde Dann auch vom BKA, das zusammenarbeitet mit auch internationalen NGOs, die sich mit Pegasus beschäftigen. Es wurde erzählt, dass dieses Phänomen, mit dem ein-, zweimal klingeln und dann gibt es keine Spuren von dem Anruf, durchaus ein bekanntes Muster für Pegasus-Infektionen ist. Dass die, wenn sie mich überwachen, natürlich auch Twitter überwachen und dass sie dann auch merken, wenn ich gemerkt habe, dass was nicht in Ordnung ist. Und dann sind die auch in der Lage, völlig spurenlos dieses Pegasus wieder vom Handy zu entfernen. Und das könnte bei mir der Fall sein, man weiß es nicht, man hat keine Spuren gefunden, aber das heißt nicht, dass es nicht da gewesen ist. Also solltet ihr mal einen Verdacht haben, geht lieber zu Amnesty und twittert nicht vorher drüber, das ist auf jeden Fall schlauer. Aber zurück zum Untersuchungsausschuss. Der hat nachgewiesen, dass Pegasus in mindestens zwölf

europäischen Mitgliedsstaaten eingesetzt worden ist, unter anderem in Spanien, in Polen, in Ungarn, aber auch in Niederlanden, Belgien und Griechenland. Mutmaßlich auch bei uns in Deutschland. Wir haben aber natürlich ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, in dem drin steht, dass Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, das gilt auch beim Infiltrieren von irgendwelchen Verbrechen, Da soll nämlich zumindest der Kernbereich privater Lebensgestaltung geschützt bleiben. Mit anderen Worten, auch Verbrecher dürfen beim Sex nicht beobachtet werden oder wenn sie gerade pinkeln sind. Also bestimmte Bereiche darf man eben auch bei Verbrechern nicht überwachen. Und das, ja, Pegasus überwacht halt alles und immer. Also wie will man das differenzieren? Deswegen gab es und gibt das Gerücht, dass Deutschland eine sogenannte deutsche Variante sich gekauft haben soll von der NSO-Gruppe, die irgendwie rechtskonform sein soll. Ja, dreimal gelacht. Niemand kann sich vorstellen, wie das funktionieren soll. Aber man kann es ja auch nicht wirklich überprüfen. Netzpolitik.org hat darüber schon mehrfach geschrieben, dass BKA und BND Pegasus benutzen. Das soll auch im Innenausschuss so gesagt worden sein. Die Tagesschau hat schon darüber berichtet und auf Wikipedia kann man das nachlesen. Aber offiziell verweigert die Bundesregierung bis auf den heutigen Tag die Auskunft darüber. Da gab es unter anderem kleine Anfragen aus meiner Fraktion, von der Linken, von Jan Korte und von Martina Renner, die nie wirklich Antwort bekommen haben. Ganz aktuell Gibt's übrigens einen neuen Fall aus Deutschland, nämlich den von Galina Timtschenko, die ist eine russische Journalistin, die aus Russland geflohen ist vor Überwachung, vor Zensur und Repression und die offensichtlich hier in Berlin am 10. Februar in diesem Jahr ihr Handy mit Pegasus infiziert bekommen hat, wahrscheinlich auch über so einen Zero-Click-Exploit, aber wer dahinter steckt, das ist Spekulation. Und natürlich fragt man sich, wie kann das mitten in Deutschland passieren, aber ich hab's ja schon an meinem Verdachtsfall gemerkt, das BKA hat sich darüber nicht gewundert, also da kann dann ja auch nicht wirklich jemand davor schützen, wenn einen irgendwelche Leute damit infizieren. Das müssen ja nicht nur deutsche Geheimdienste sein. Aber zurück zum Untersuchungsausschuss. Da gab es im Europäischen Parlament einen Abschlussbericht im Mai 2023. Im Juni 2023 wurde der mit großer Mehrheit verabschiedet und hat ganz einhellig den illegalen Einsatz der Adidas-Beiwehr verurteilt. Der Bericht empfiehlt auch deutlich bessere Regulierung, vor allem aber auch eine Aufarbeitung dieser illegalen Trojaner-Einsätze in den Mitgliedsstaaten. Er fokussiert auf illegalem Einsatz, also unsere Position als Linke geht

da deutlich weiter. Wir sind gegen jede Art von Staatstrojaner immer und überall und das übrigens schon seit mehr als zehn Jahren. Im Ausschuss gab es als interessantesten Gast Sophie Intfeld. Sie war Berichterstatteerin im Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments, dann war eine Abteilungsleiterin des Bundesbeauftragten für den Datenschutz da und natürlich das BMI war auch vertreten. In ihrer Einführung hat Sophie Entfeld sehr scharf die Europäische Kommission, aber eigentlich alle Mitgliedstaaten kritisiert. Sie sagt, seit vier Monaten ist jetzt dieser Abschlussbericht öffentlich und von keiner einzigen der genannten Seite gab es irgendeine Reaktion. Es sei eine extreme Verletzung europäischer Werte und schlicht völlig unvereinbar mit rechtsstaatlichen Grundprinzipien. Und sie hat auch davon erzählt, dass NSO wegen Pegasus in den USA sogar geblacklistet worden ist. Und zwar mit der Begründung, es sei ein Risiko für die nationale Sicherheit der USA. Muss man sich mal reinziehen. Und in Europa wird das Zeug einfach benutzt und wahrscheinlich auch in Deutschland. Die machen also irgendwie Umsatz mit Steuergeld. Wir sehen da möglicherweise kein nationales Risiko. Seit dieser Berichtsveröffentlichung, so hat Feldweite ausgeführt, sind sogar etliche weitere Fälle bekannt geworden. Fast jede Woche gäbe es da neue. Also nicht bloß diese russischen Journalisten bei uns in Deutschland. In diesen mehr als zwölf Mitgliedstaaten gab es insgesamt hunderte Fälle, hat sie erzählt, kein einziges Gerichtsverfahren. Keiner dieser Fälle hatte jemals irgendeine Konsequenz. Und sie sagt klipp und klar, wenn Regierungen in der EU ungestraft GegnerInnen rechtswidrig ausspionieren dürfen, dann ist das eine große Bedrohung für unsere Demokratie. Sie hat gesagt, es sind übrigens sogar in manchen Staaten wurden sogar Mitglieder von Regierungsparteien ausgehorcht, also gar nicht nur Oppositionelle, gegen die sich Regierungsseiten gewendet haben, sondern offenbar haben da Geheimdienste ihre eigene Regierung ausgehorcht, vielleicht zu Erpressungszwecken, I don't know. Aber das geht halt echt alles überhaupt nicht und am wenigsten erfahren die BürgerInnen darüber. Ja, dann sind wir in die Debatte eingestiegen und da ging es unter anderem um den Pegasus-Einsatz in Deutschland. Wir haben auf alle verschiedenen Arten und Weisen versucht, etwas darüber herauszukriegen. Wir sind alle gegen eine Mauer gerannt. Das BMI gibt einfach keine Antwort. Es sagt so Sachen wie, es sei nicht befugt, weder zu Pegasus noch zur NSO Group, weder zu Einsätzen im In- oder Ausland. Da hat es sich weder geäußert im Fragebogen des Untersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments noch bei uns im Digitalausschuss. Was sie gemacht haben, sie haben allgemein die hohen rechtlichen Hürden beschrieben, die für alle

Telekommunikationsfernüberwachungen gelten würden. Eine richterliche Anordnung bräuchte man, es gelte ein Erforderlichkeitsgebot, also es müsse notwendig sein, das zu tun. Und dann gab es halt so einen wahnsinnig beruhigenden Satz wie, Ausspähen ohne Gründe gäbe es in Deutschland nicht. Jau. Könnt ihr euch jetzt selber was beidenken. Zuständig sei im Übrigen ja das BKA, das BKA war nicht anwesend. Und es wurde uns erklärt, dass es ja auch nicht bloß Pegasus gäbe, sondern diverse Software, die für Quellen-TKÜ genutzt wird oder werden kann und die wird zum Teil eingekauft und zum Teil selbst entwickelt. Und diese Auswahl und Bewertung, ob das zu unserem Rechtssystem irgendwie kompatibel ist oder nicht, das macht das ZITES. Und es gäbe ja da nicht bloß die böse NSU. Böse habe ich gesagt, das hat natürlich nicht die Bundesregierung gesagt, die wahrscheinlich, vermute ich, immer noch Geschäfte mit der NSU macht. Die Vertreterin des Europäischen Parlaments, die haben wir auch gefragt, ob die irgendwelche Informationen haben über Einsatz von Pegasus in Deutschland. Das hat sie verneint. Sie hat aber auch gesagt, die Fragebögen, die wurden gar nicht spezifisch beantwortet, aber nicht nur von Deutschland nicht, sondern von keinem einzigen Mitgliedstaat. Auch da gab es nur generische Antworten ohne jeglichen Erkenntnisgewinn. Sie hat auch ihre Frustration dazu deutlich gemacht. Da kam wahrscheinlich auch so Zeug, wie man uns erzählt hat, ja, richterliche Anordnung, jada, jada, jada. Das ist in der Regel eine Hürde, die hört sich immer hoch an, in der Praxis ist sie aber dann gar nicht so sicher. Ich habe mich aber nicht so leicht abwimmeln lassen wollen und habe nochmal nachgehakt. Ich habe den Koalitionsvertrag zitiert, da gibt es nämlich ein Kapitel zum Staatstrojaner und da steht wörtlich drin, Transparenz und effektive Kontrolle durch das Parlament stellen wir sicher. Das habe ich zitiert und sage, ich erkenne das hier nicht, also warum darf ich denn als Abgeordnete nicht erfahren, ob deutsche Behörden ein Produkt einsetzen, zu dem es sogar schon im Europaparlament einen ganzen Untersuchungsausschuss gab. Obwohl das bei Tagesschau steht, im Innenausschuss geredet wurde drüber und man es auf Wikipedia nachlesen kann. Ich verstehe es halt nicht. Jeder weiß es ja, aber wir dürfen es nicht offiziell erfahren. Warum sind sie überhaupt nicht befugt, wer denen das untersagt und wie passt das alles zum Koalitionsvertrag? Die Antwort des Staatssekretär Saathoff war, für generalisierte Infos gäbe es ja auch geeignete Gremien, zum Beispiel das Parlamentarische Kontrollgremium, will aber gar keine generalisierten Infos und ich bin ja auch nicht das Parlamentarische Kontrollgremium und davon stand ja auch nichts im Koalitionsvertrag, da stand das Parlament und ich gehöre zum Parlament. Ich habe also

nochmal nachgefragt, warum nicht wir? Was genau ist dafür der Grund? Und dann kommt so was Lapidares wie, das hat mit Einsatzfähigkeit zu tun, ja, wieso denn eigentlich? Und dann meint er noch, ja, hier sei ja jetzt auch eine öffentliche Sitzung und wir fabulieren ja nur, was in einer gegebenenfalls eingestuften Sitzung erzählbar wäre oder nicht, woraufhin ich ihn gebeten habe, uns das wenigstens schriftlich zur Verfügung zu stellen. Das kann man dann in der Geheimschutzstelle hinterlegen, da darf man dann Nix zu schreiben reinnehmen und kein Handy und kann die Sachen halt nur da angucken, aber dann könnte man es wenigstens sehen. Dann gab es kein Ja, sondern nur die Aussage, das wird geprüft und er müsste dann aber nochmal die genauen Fragen hören. Ich habe ihm die nochmal gesagt, haben eine deutsche Behörde irgendwann Pegasus erworben, wurde es irgendwann eingesetzt, von NSO gekauft oder über eine Drittfirma, so hat es Polen zum Beispiel gemacht. Gab es irgendwelche Konsequenzen für die Geschäftsbeziehungen zur NSO, nachdem die USA die Firma auf die Sanktionsliste gesetzt hat? Oder hatte es irgendwelche Folgen für die Beziehungen zwischen der Bundesregierung und ihren Behörden mit den US-Diensten möglicherweise? Also alles das wird geprüft. Vielleicht kriege ich darauf eine Antwort. Ich habe da sehr wenig Hoffnung. hat unter anderem damit zu tun, dass ja die kleinen Anfragen aus meiner Fraktion auch bis jetzt abschlägig beantwortet worden sind. Abschlägig im Sinne von, wir sagen euch gar nichts. Ich habe auch gefragt, ob die Bundesregierung die Einschätzung der Berichterstatterin des Parlaments in Brüssel teilt, dass NSO eine Bedrohung der nationalen Sicherheit ist, so wie das ja auch die USA beschrieben hat. Da meinte der Staatssekretär aus dem Innenministerium, dass sich die Bundesregierung zu einzelnen Firmen und einzelnen Produkten generell nicht äußert. Das stimmt aber nicht, habe ich ihm auch gleich gesagt, denn zu Kaspersky gab es eine Äußerung einer Bundesbehörde, nämlich des BSI, da gab es eine Warnung vor der ganzen Firma und all ihren Produkten. Ist also einfach mal nicht richtig. Da hieß es aber, er hat ja gesagt, generell, also im Einzelfall könnte man es ja dann auch anders machen, der Fall sei aber nicht vergleichbar. Ja, ich meinte dann, das ist doch ein Einzelfall. Ich will jetzt für diesen Einzelfall das wissen und wenn er auch das nur eingestuft beantworten kann, dann soll er das bitte auch nachreichen. Ich habe keine Hoffnung, dass er das tun wird. Falls doch, erfahrt ihr das dann irgendwann. Ich dachte, vielleicht frage ich mal wen anders. Anwesend war ja auch eine Vertreterin des Bundesbeauftragten für den Datenschutz. Die habe ich also gefragt, habe gesagt, also irgendwo habe ich gelesen, ich glaube, es war im Spiegel, dass das BSI umfangreiche Informationen zu Pegasus zur Prüfung erhalten hat. Und ich wollte wissen, hat

der BFDI die auch erhalten? Und haben sich daraus vielleicht irgendwelche Empfehlungen für die Bundesregierung ergeben und wurden diese auch umgesetzt? Leider waren die Antworten halt auch nur so halbbrauchbar. Also tatsächlich gibt es Paragraph 69 Absatz 1 im BKA-Gesetz. Es verpflichtet sogar den BFDI, TKÜ-Systeme alle zwei Jahre aus Pflichtgründen anzugucken. Das gibt ihn nicht. Pflicht, aber auch das Recht, das zu tun. Und sie haben dann Zugriff auf sämtliche notwendigen Unterlagen, aber auch das Ganze technisch selber zu überprüfen. Also nicht bloß Papier, sondern auch diese Dinge selber anzugucken und zu überprüfen, ob rechtliche Vorgaben da eingehalten sind. Da habe ich also nochmal nachgefragt. Haben sie sich auch Pengasus angeguckt? Leider keine erhoffte Antwort. Auch der BFDI unterliegt der Geheimhaltung und das sei eine Voraussetzung dafür, dass sie weiter umfassenden Zugang haben. Ich habe es trotzdem noch mal versucht und habe gesagt, haben Sie denn irgendwelche Empfehlungen für die Bundesregierung abgegeben und wurden die umgesetzt? Da gab es noch einen allgemeinen Verweis, nämlich auf grundsätzliche Empfehlungen zum Einsatz von Quellen-TKÜ. Da hat der BFDI ein Positionspapier geschrieben. Sofern ich fündig werde, ich vermute mal, es ist veröffentlicht, verlinke ich euch das in den Shownotes. Da steht auf jeden Fall drin, dass alle TKÜ-Systeme prüf- und beherrschbar sein müssen, was immer das jetzt im Detail heißen möge, und dass die Systeme vor der Inbetriebnahme angeschaut werden müssen und dass die Behörden auch dem BFDI beteiligen müssen. Das müssen sie aber eh, steht ja im BKA-Gesetz. Wir haben dann im Nächsten darüber geredet, über diesen Fall Pegasus und Spyware-Einsatz in der EU generell. Also da ging es dann weniger um Deutschland, sondern mehr um das Gesamtthema EU. Ich fragte den Vertreter des BMI, warum dann das BKA, das mehrfach eingeladen worden ist zum Untersuchungsausschuss nach Brüssel, kein einziges Mal da aufgetaucht ist. Laut Netzpolitik wurden die dreimal eingeladen. Die lapidare Antwort, die Vizepräsidentin des BKA sei terminlich verhindert gewesen. Aber man hätte ja diesen Fragebogen ausgefüllt. Wie gesagt, nur total generisch. Ehrlich gesagt, dreimal eine Einladung in einen Untersuchungsausschuss eines Europaparlaments abzulehnen, ist nicht mehr und nicht weniger als eine Missachtung des Parlaments. Das kann mir niemand mehr mit terminlichen Konflikten erklären. Das ist vielleicht einmal so, aber nicht dreimal. Das BMI erklärte darüber hinaus, aber man hätte die Empfehlungen des Europaparlaments jetzt in Vorbereitung des Digitalausschusses ja auch geprüft. Und Deutschland würde schon sämtliches erfüllen, alle hohen Würden seien ja schon da. Und man wartet mit einer eigenen Rückmeldung nach Brüssel erstmal auf die

Stellungnahmen der Europäischen Kommission. Die Europaparlamentarierin fand das nicht befriedigend. Sie sagt, es gab halt keinerlei Rückmeldung zum Bericht des Europaparlaments und zu den Empfehlungen, auch nicht zur Aufarbeitung der illegalen Fälle von keinem einzigen Mitgliedstaat. Und dass die Mitgliedstaaten wahrscheinlich alle auf die Kommission warten und die Kommission aber vielleicht auf die Mitgliedstaaten und so, geht's einfach nicht. Die haben auch eine eigene Meinung und die sollen sie auch äußern. Und sie wünscht sich im Übrigen einen deutlich besseren Schutz, der eben nicht nur in der Theorie, ich wollte gesetzlicher Rahmen, stattfinden darf, sondern auch in der Praxis stattfinden muss. Und da geht's eben darum, dass es Konsequenzen geben muss, wenn es Verstöße gibt. Und die gibt's halt hundertfach, mehrere hundertfach in Europa. Sie sagt, es ist total schwer, da auch eine vernünftige Beweisaufnahme zu machen. Und die Europäische Kommission hat offenbar genau null Interesse, irgendetwas für Betroffene zu tun. Dazu bräuchte es zum Beispiel ein unabhängiges europäisches Tech-Labor als Anlaufstelle für Betroffene. Bisher hängen sie davon ab, dass Amnesty ihnen hilft. Und so kann es ja nicht bleiben. Und sie war echt mega frustriert, wie das bisher so läuft. Dann ging es auch noch mal kurz um den Fall der russischen Exiljournalistin. Wir haben also gefragt, wusste das BMI da irgendetwas, waren die irgendwie beteiligt? Große Entrüstung, sowas würden sie niemals machen. Also das verhindern ja alle diese Würden. Da gibt es keine Option, eine Journalistin zu überwachen. Sie hätten aber auch keinerlei Kenntnis da gehabt. Und die europäische Parlamentarierin hat gesagt, es ist diese Überwachung der Journalistin wahrscheinlich von einem europäischen Mitgliedstaat ausgegangen, aber nicht von Deutschland. Ich verlinke euch nochmal in den Shownotes den Abschlussbericht dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Aber auch einen super guten Artikel von Netzpolitik.org. Die verklagen, wie gesagt, ja gerade das BKA. Ich drücke da mal die Daumen, dass vielleicht die Informationen bekommen. Früher in einem ähnlichen Fall ist ihnen das schon mal geglückt. Außerdem würde ich euch empfehlen, die sechs Folgen einer Podcast-Serie von Zeit Online mal anzuhören, die in diesem Rechercheverbund beteiligt waren. Die nennt sich Der Spion in unseren Handys und befasst sich genau mit der Spyware Pegasus. Ich verlinke es euch in den Show Notes. Und damit kommen wir zum Geld, nämlich zum Haushalt 2024 für das Bildungs- und Forschungsministerium. Ich werde euch auch wieder den gesamten Entwurf für diesen Bundeshaushaltsplan verlinken. Tausende von Seiten, ihr müsst es euch nicht angucken, aber wenn ihr wollt, dann könnt ihr. Der Haushalt des BMBF ist auch geschrumpft um 5% von 21,5



Milliarden auf 20,3 Milliarden. In dieser Gesamtsumme sind 1,25 Digitalmilliarden enthalten. Das ist, glaube ich, Pi mal Daumen gleich geblieben. Aber diese minus 5% auf den Gesamthaushalt bei Bildung und Forschung, die finde ich ehrlich gesagt auch schon ziemlich kacke. Denn da kommt ja zusätzlich noch die Inflation obendrauf. Und wenn man irgendwo nicht sparen kann, dann ist es bei sozialen Sachen und bei Bildung. Die Grundlage für diese 1,25 Milliarden erklärte uns der Staatssekretär des BMBF für die Ausgaben. Das ist die Digitalstrategie, aber auch die neue Datenstrategie. Hier ein kleiner Einschub und ein bisschen Werbung. In dieser Woche gab es die neue Datenstrategie auch im Plenum. Ich habe dazu eine Rede gehalten und natürlich kriegt ihr die auch verlinkt. Kleiner Spoiler, diese Datenstrategie ist echt sehr, sehr übel. blumiges Rumgelaber, nichts Konkretes, unverbindlich, unkonkret und übrigens, wir reden ja gerade über Haushalt, nirgendwo mit Ressourcen hinterlegt, also Haushaltsmitteln, aber das nur so als kleiner Nebenbei-Einschub. Ansonsten haben wir vom Staatssekretär nur Allgemeinplätze gehört, ja, Förderung der Zukunft, schwere Zeiten, trotzdem toller Haushalt, jada, jada, jada. In der Debatte sind wir dann aber schon ein bisschen konkreter geworden. Ein großer Schwerpunkt war das Thema Künstliche Intelligenz. Nämlich der Haushaltstitel, der irgendwie KI hieß, der sah aus, als wäre er sehr stark gekürzt. Da wurde gefragt, ja warum, wieso, weshalb, kann man doch nicht kürzen. Aber der Vertreter des BMBF stellte klar, nee, es gäbe halt jetzt auch viel KI in irgendwelchen anderen Titeln und insgesamt wäre das sogar eine Steigerung der Ausgaben für KI. Es wären nämlich inzwischen schon fast 500 Millionen Euro, das ist eine halbe Milliarde, also das ist echt viel Holz, allein in diesem einen einzigen Ministerium. Und die Gesamtliste mit allen möglichen KI-Projekten, die reicht ja uns nach. Also das ist wirklich viel Holz. Nun ja, aber vielleicht ist es ja auch gar nicht so viel Holz, weil da gab es nochmal Rückfragen, nämlich die nationale Forschungsdateninfrastruktur, bei der stand 2022 genau 0% KI-Anteil im Budget. 2024, also wofür gerade der Haushalt diskutiert wird, da stand plötzlich 100% KI-Anteil, als wäre die komplette nationale Forschungsdateninfrastruktur nur noch KI. Also das könnte sein, dass KI-Mittel da auch schön gerechnet werden. Diese 100%, die müssen einfach Quatsch sein. Das erklärte das BMBF aber damit, dass 2022 ja auch schon KI-Anteile in dieser Forschungsdateninfrastruktur gewesen seien. Die Null wäre also eigentlich falsch. Zu den 100% hat er nicht wirklich was gesagt, aber er meinte, selbst wenn man die Plattform komplett rausrechnen würde, bliebe es immer noch bei einer Steigerung der Mittel für KI. Eine Steigerung gibt es auch beim Thema Mikroelektronik und Supercomputing. Und

Abgeordnete wollten wissen, ob das auch für KI-Infrastruktur gedacht ist. Ja, das ist wohl so. Vor allem gibt es einen Hochleistungsrechner, einen neuen in Jülich. Angekündigt wurde auch ein KI-Aktionsplan. Der soll zeitnah, vielleicht nächste Woche, vielleicht übernächste Woche auf jeden Fall bald veröffentlicht werden. Und der soll auch einiges beinhalten zur Infrastruktur und Kompetenzaufbau. Da bin ich natürlich mega gespannt. Und er soll, dieser KI-Aktionsplan, vor allem einen starken Anwendungsfokus haben. Da soll es vor allem gehen um Industrie 4.0, um Gesundheit, um Bildung. Es soll einen extra Schwerpunkt auf soziale Innovationen geben. Da bin ich noch mehr gespannt. Glaube ich aber erst, wenn ich es selber sehe. Ich weiß schon warum. Naja, so viel zu KI. Gibt ja noch andere Hype-Themen, deswegen wurde auch gefragt, gibt's denn noch Blockchain-Projekte und wenn ja, welche und für wie viel Kohle? Das konnte man uns nicht sagen, gehört wieder zu den berühmten, das reichen wir euch nach, Themen. Es gibt nämlich über 28.000 geförderte Projekte, das ist schon echt mal viel. Die hätte er nicht alle im Kopf und ganz bestimmt wäre auch Blockchain dabei, könne sich aber nicht um eine größere Förderrichtlinie handeln, an die hätte er sich dann erinnert. Ein größerer Schwerpunkt als Blockchain war für dich zu Recht das Thema Bildung. Da ging es zum Beispiel um die inzwischen doch recht umstrittene Bildungsplattform. Da gab es eine Frage nach den Betriebs- und Betreibermodellen dieser Plattform. Das blieb auch offen und soll nachgereicht werden. Und meine Kollegin Petra Sitte, die hat dann auch nochmal gefragt, wie sieht es denn eigentlich aus mit einer konzeptionellen Weiterentwicklung? Und es hätte ja doch echt harsches Feedback aus der Zivilgesellschaft gegeben. Und ob das berücksichtigt wurde, zum Beispiel eine Studie von Wikimedia, um wie das eigentlich zu werten ist, dass die Begleitmaßnahmen, die bisher mit 50 Millionen Euro finanziert worden sind, dass die wegfallen sollen. Wie soll denn das eigentlich funktionieren? Die 50 Millionen wurden erklärt, die sind jetzt einfach nur irgendwie in einen anderen Titel gewandert und man würde an der digitalen Vernetzungsinfrastruktur, so nennt man nämlich jetzt die Bildungsplattform, weil der Begriff sei irreführend, da würde man jetzt weiter daran arbeiten. Und vor allem sich konzentrieren auf die Kernkomponenten dieser sogenannten Vernetzungsinfrastruktur. Das sind digitale Identitäten, das sei das Thema Ablage, digitale Nachweise, Schaufenster, keine Ahnung, was mit Schaufenster gemeint ist, und ein Datenraum. Es sei keine zweite Förderrichtlinie mehr geplant. Man rechnet vor allem mehr mit niedrighwelligen Anschlussmöglichkeiten und für die bräuchte man keine Rollout-Unterstützung. Das heißt, diese 50 Millionen werden offenbar auch für ganz andere Dinge genutzt als ursprünglich. Was

die Stakeholder-Beteiligung, also Zivilgesellschaft und so, angeht, die sind schon involviert, meinte er, und sollen aber noch viel intensiver einbezogen werden, wenn es einen Übergang gibt von der sogenannten Closed-to-Open-Beta-Phase, also noch Das ist mal ein Wetter. Und da soll der Dialog mit der Zivilgesellschaft verstärkt werden. Natürlich ging es auch zum Digitalpakt Schule noch mal rund. Da gibt es ja ein Sondervermögen von ungefähr vier Milliarden Euro Restmitteln. Dieses Sondervermögen soll aufgelöst werden. Das habe ich euch im letzten Podcast schon mal erzählt. Das wird nämlich aufgeteilt aufs BMDV, wo es Gelder für Breitband gibt, für Digitalpakt ans BMBF ausgeschüttet wird und ein paar Euro fallen auch noch fürs Landwirtschaftsministerium ab. Da wollte meine Kollegin Petra Sitte wissen, welche Ausgaben sieht denn das BMBF aus diesem Sondervermögen konkret vor? Das wurde nicht wirklich beantwortet. Also da gab es nur so Aussagen wie, ja, ja, da ist noch Geld übrig, das muss abfließen bis 2025. der Länderkooperation sogar erst bis 2026. Und ja, es gäbe da auch noch offene Fragen, da sei man im Gespräch mit dem BMBF. Aber ich meine, die Frage war ja, welche Ausgaben sind da konkret vorgesehen? Ja, die fünf Minuten von Petra waren dann um. Die Frage blieb einfach offen. Gefragt wurde auch nach einem Haushaltstitel, der IT-Sicherheit betraf. Da wurde also gefragt, um wie viel wird denn IT-Sicherheit gekürzt? Der Staatssekretär konnte das nicht ad hoc beantworten. Ich hatte in meinen Unterlagen aber stehen, dass hier eine Kürzung von 123 Millionen auf 106 Millionen erfolgen soll. Wir sollen das nochmal im Detail nachgereicht bekommen, aber ehrlich gesagt, die entscheidende Frage ist doch, warum zur Hölle kürzt man in diesen Zeiten beim Thema IT Sicherheit? Das widerspricht doch allem, der aktuellen Erfahrung, der Digitalstrategie, der Cybersicherheitsstrategie und dem gesunden Menschenverstand. Last but not least ging es auch um das Online-Zugangsgesetz. Fragt ihr euch vielleicht, was hat das mit Bildung und Forschung zu tun? Aber wir hatten ja in BMI mal Mittel von 388 Millionen Euro für OZG im aktuellen 2023-Haushalt und das wurde gekürzt für 2024 auf 3 Millionen. Die Begründung war, das wird ja über die Haushalte der einzelnen Ministerien finanziert. Also auch im BMBF. Meine Kollegin Petra hat also gefragt, sie hat zitiert, der Bundesrechnungshof hat bemängelt, dass überhaupt nicht ersichtlich ist, wo und wie viele Mittel für das Onlinezugangsgesetz im jeweiligen Haushalt veranschlagt sind, also auch im Haushalt des BMBF. Petras konkrete Frage also, welche OZG-Projekte werden denn jetzt über den BMBF-Haushalt finanziert? An welchen Titeln stehen die drin? Ja, sie sind total gut versteckt, man findet sie nicht. Und wie viel Geld ist das eigentlich? Erst meinte der Staatssekretär, die Mittel, die kommen ja

überwiegend vom BMI. Und außerdem gäbe es ja auch Zusammenarbeiten mit den Ländern, zum Beispiel mit Sachsen-Anhalt, zu einmal Zahlungen für Studis. Aber er hat dann also später noch konkretisiert, dass die Finanzierung natürlich trotzdem durch den Bund erfolgt und nicht durch die Länder. Und Petra hat noch mal betont, dass ja das BMI das jetzt eben nicht mehr finanziert. Also das prüft er auch noch mal genau, sagt, da gibt es eine längere Projektliste und die Überraschung reicht ja uns nach. Das war es zum Haushalt. Jetzt zum Schluss gibt es für euch noch den Antrag der CDU zum Glasfaserüberbau. Glasfaserüberbau ist natürlich ein Problem. Das heißt mit anderen Worten, das hatten wir schon öfter mal hier auch im Podcast, dass vor allem in Städten manchmal eine zweite Glasfaser neben eine bereits rumliegende Glasfaser verlegt wird, obwohl das Dorf nebenan noch gar nichts hat. Das ist natürlich eine komplett beklopte Verschwendung von Ressourcen, hat mit Nachhaltigkeit nichts zu tun, die übrigens in der Gigabit-Strategie drinsteht, nachhaltiger Telekommunikationsinfrastrukturausbau. Dreimal gelacht interessiert die FDP überhaupt nicht, aber auch nicht die CDU, davon kein Wort im Antrag. Da ging es halt eher darum, dass die Tiefbauressourcen knapp sind, das stimmt ja allerdings auch. Und dass Überbau bedeutet, dass Dörfer länger warten müssen auf Glasfaseranschlüsse. Einige Forderungen in diesem Antrag sind ja auch sinnvoll, zum Teil aber auch schon umgesetzt. Zum Beispiel die Einrichtung einer Monitoringstelle, die dann also Meldungen entgegennimmt für solche Überbauten. Trotzdem ist der Antrag insgesamt bogus und wir haben ihn als Linke auch abgelehnt. Unter anderem, weil da drin ein absolutes Primat für den marktwirtschaftlichen Ausbau von Glasfaser drinsteht. Wir halten das für falsch. Für uns sind solche Telekommunikationsinfrastrukturen Daseinsvorsorge und gehören in öffentliche Hand. Selbst wenn man das nicht so sehen würde, in diesem Antrag wurde der Überbau, soll da nur beschränkt werden bis 2030. Aber diese Art Überbau ist immer ein Problem, nicht nur bis zum Jahr 2030. Also das konnten wir nur ablehnen. In der Debatte hat sich auch die Vertreterin, die Staatssekretärin im BMDV, geäußert. Sie hat gesagt, bei der im Juli eingerichteten Monitoringstelle sind inzwischen 280 Fälle von Überbau gemeldet worden. Diese Stelle nimmt auch eine juristische Bewertung vor, also ob ein wettbewerbsrechtlicher Verstoß vorliegt. Und es würden da auch Fälle dabei sein, wo die Netze der Deutschen Telekom überbaut wurden. Bis jetzt konnte man den Medien immer nur so umgekehrt Fälle entnehmen. Zum Beispiel Kommune will ausbauen und dann kommt die Telekom und macht quasi das Geschäftsmodell der Kommune kaputt. Im Moment erklärte die Staatssekretärin

überlegt die Bundesregierung noch, ob Maßnahmen dagegen erforderlich sind. Und sie hat auch präzisiert, dass nur tatsächliche Überbauer erfasst werden. Dass es aber auch ein Problem wäre, wenn ein Überbau nur angedroht und dann überhaupt nicht vollzogen wird. Denn auch das kann den Markt negativ beeinflussen, wenn dann ein Wettbewerber zum Beispiel gar nicht erst ein Netz ausbaut. Dann baut halt keiner aus und dann gibt es auch gar keine Glasfaser. Rechtliche Änderungen seien jedenfalls nicht nötig, hat sie gesagt. Bestehende Gesetze, zum Beispiel die entsprechenden Paragraphen zum marktmissbräuchlichen Verhalten, die würden völlig ausreichen. Und wenn nötig, könnte die Bundesnetzagentur da auch handeln. Am 26. Oktober soll das Thema auch in der Staatssekretärsrunde besprochen werden. Aber wahrscheinlich nicht nur einmal, sondern immer wieder Thema werden. Und was natürlich auch wenig überrascht beim FDP-Ministerium, es wurde auch klargestellt, dass man den Infrastrukturwettbewerb generell super findet. Mehrfachausbau generell ist eigentlich auch kein Problem. Im Gegenteil, könnte sogar viele Vorteile haben. I totally disagree. Der Wettbewerb sollte auf der Diensteebene stattfinden. Wie bei Strom. Ja, jeder kann den Strom von irgendwoher beziehen. Man kann ständig die Anbieter wechseln. Das heißt ja nicht, dass mir jeder Anbieter einen eigenen Stromanschluss liegt. Das ist völlig irre und gehört sich einfach nicht. Naja, ich habe mal nachgefragt, wenn man jetzt diese 280 Fälle schon genau kennt, in wie vielen dieser Fälle war denn die Deutsche Telekom Verursacher des Überbaus? Die Staatssekretärin antwortete mir, 50 Mal wurden Netze der Deutschen Telekom überbaut. Ja, das war ja wohl nicht meine Frage. Ich habe genau den andersrum Fall erfragt. Ich wollte also wissen, wie oft hat denn die Telekom Netze Änderer überbaut? Da wurde ich, also ich habe es überrascht, sehr irritiert angeguckt. Ich wurde erst mal angeschwiegen. Das, das könne man hier nicht so vortragen. Die Zahlen gibt es doch auch gar nicht. Und da kam echt noch so ein geiler Kommentar. Das war, glaube ich, nicht die Staatssekretärin, sondern Mitarbeiter von ihr. Tja, unklar, welchen Mehrwert solche Zahlen haben sollen. Hä? Sie konnte mir auch ganz genau sagen, dass 50-mal Netze der Telekom überbaut worden sind, aber wie oft die Telekom selber überbaut. Diese Zahl, die weiß sie nicht, die hat sie nicht und die hat auch keinen Mehrwert. Auf jeden Fall muss es diese Zahlen geben. Ich habe Ihnen ja gesagt, diese Monitoringstelle erhebt ja, wer wen überbaut hat. Also diese Zahl möchte ich dann gerne nachgereicht kriegen. Und es wurde mir versprochen, die Zahlen nachzureichen, sollte sie existieren. Also wirklich lustig, wenn es nicht so traurig wäre. Auch Open Access war ein Thema. BMDV hat verkündet, dass

es keine Regulierung zum Thema Open Access bei privatwirtschaftlichem Ausbau plant. Das wäre ein zu harter Eingriff in das Eigentum. Ich habe nachgefragt. In der Gigabit Strategie sind ja auch zwei Maßnahmen zur Open Access Umsetzung niedergeschrieben. Nämlich einmal die Veröffentlichung von Spezifikationen wesentlicher Prozesse. Dafür gab es die Deadline im ersten Quartal diesen Jahres. Und es steht auch drin als zweite Maßnahme ein Statusbericht zu Prinzipien eines marktweiten Open Access. Da war die Deadline auch schon vorbei im zweiten Quartal diesen Jahres. Ich wollte wissen, was ist denn da der aktuelle Stand. Glaube nicht, dass ich darauf eine Antwort erhalten habe. Ich weiß nicht, ob die Spezifikationen veröffentlicht waren. Ich habe auch keine Ahnung vom Statusbericht. Mir wurde nur erklärt, dass das im Gigabit-Forum stattfindet und die Diskussionen dazu geführt werden, dass die Bundesnetzagentur das moderiert und man da auch über Standards redet und dass es da total super vorangehen würde. Aber das hatte ich nicht gefragt. Ich hatte gefragt, was ist der Status und nein, ich habe ihn nicht erfahren. Was wir erfahren haben, ist, dass es bei den minder tiefen Verlegetechniken, also da, wo man nur so nicht so tiefe Schlitze in die Erde macht, um etwas billiger und schneller Glasfaser zu verlegen, dass es da Fortschritte gibt. Da liegt nämlich endlich nach jahrelangem Hickhack eine DIN-Norm vor. Das Fehlen dieser DIN-Norm war eine Barriere vor allem für Kommunen, die einfach Schiss hatten, solche Ausbauverfahren auf ihrem Gelände zuzulassen, weil sie dachten, dann hackt halt irgendeiner bei irgendeiner Gelegenheit die Glasfaser durch und dann Kacke am Dampfen. Jetzt mit der DIN-Norm können sie sich da vielleicht etwas sicherer fühlen und vielleicht steigt dann die Akzeptanz für solche Verfahren. Das wissen wir noch nicht, da ja auch die DIN-Norm erst mal nur im Entwurf da ist. Und das war's aus dem Ausschuss in dieser Woche. Natürlich haben noch mehr Sachen in dieser Woche stattgefunden. Am Sonntag war ich zum Beispiel im Beirat der Bundesnetzagentur. Da ging es um die Frequenzverlängerung, also Lizenzvergabe für bestimmte Frequenzen, die 2025 ansteht, wo die Konditionen jetzt schon debattiert und entschieden werden. Es ging auch um die Auflagenerfüllung der Netzbetreiber für Auflagen frühererer Frequenzversteigerungen, Funklöcher und solche Sachen, graue und weiße Flecken. Und dann gab es noch am Dienstag die IUK-Kommission mit mindestens 12 Systemen zur IT im Bundestag. Über beides kann ich euch nichts berichten, weil das waren ja interne Meetings, aber sonst würde der Podcast auch zu lange oder vielleicht sogar für euch ein bisschen öde werden. Damit komme ich zu meinen Abschlusshinweisen. Zuerst in eigener Sache. Am 27. September gab es eine Debatte, an der ich teilgenommen habe bei Wikimedia

zur Chatkontrolle der EU, aber auch zur Position der Bundesregierung. Das Ganze wurde aufgezeichnet und so wie ich den Link dafür habe, findet ihr den in den Shownotes. Da findet ihr auch den Link zu meiner Rede zur neuen, wirklich schrecklichen Datenstrategie der Ampel. Super dummes Gelaber da drin, eierlegende Wollmilchsäure, aber sonst nichts Konkretes. Und dann habe ich zum Schluss noch ein paar Termine für euch. Am Mittwoch, dem 18.10. um 14.30 Uhr gibt es eine öffentliche Anhörung zum Thema internationale Digitalpolitik. Wie ihr euch anmelden könnt, dafür findet ihr in den Shownotes verlinkt. Und am 11.10., auch ein Mittwoch um 12 Uhr, gibt es die öffentliche Anhörung zum Thema IP-Adressen rechtssicher speichern. Das geht natürlich gar nicht, aber das ist eine Anhörung auf Wunsch der CDU. die meinen, dass sie damit Kinder vor sexualisierter Gewalt schützen können, stimmt natürlich nicht. Ihr könnt aber den Sachverständigen zuhören. Wie ihr euch dafür anmeldet, findet ihr unten verlinkt. Dann bleibt mir noch, euch eine schöne Zeit zu wünschen. Bis zur nächsten Sitzungswoche und dem nächsten ADB-Podcast. Haltet mir wie immer gern euer Feedback auf allen möglichen Kanälen mit den Hashtag der ADB-Podcast und vergesst nicht, den Podcast zu abonnieren, falls ihr das noch nicht gemacht habt. Alles Gute und bis zum nächsten Mal.